

Es 11.06.07 



Norderstedt, den 10.06.07

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
der Stadt Norderstedt
Herrn G. Nicolai

Rathaus

Sehr geehrter Herr Nicolai,
für die SPD-Fraktion beantrage ich zur Sitzung des Hauptausschusses am 25.06.07
den folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

**Umfassende Information und Anhörung Norderstedter Eltern
von Schulkindern über die Umsetzung des neuen Schulgesetzes,
speziell über die Gemeinschafts- und Regionalschule**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung informiert die Norderstedter Eltern von Schulkindern
schnellstmöglich über die Umsetzung des neuen Schulgesetzes.

I) Bestandteile der Informationsveranstaltung sind:

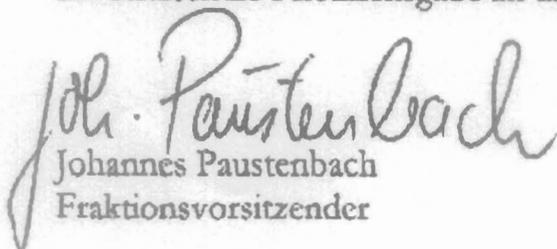
1. Die pädagogischen bzw. schulorganisatorischen Konzepte und ressourcenmäßige Ausstattung der Gemeinschafts- und Regionalschule im Rahmen des Modells „Zwei Plus“. Gegebenenfalls ist für eine umfassende Information Expertenhilfe, z. B. aus dem zuständigen Ministerium oder Schulamt anzufordern.
2. Der aktuelle Stand der Umsetzungsplanung der Verwaltung, insbesondere für die Norderstedter Haupt und Realschulen.

II) Die Veranstaltung soll sich an alle Norderstedter Eltern richten.
Hauptzielgruppe ist die Elternschaft der Grundschulen. Die
Informationsveranstaltungen sollen stadtteilbezogen durchgeführt werden.

III) Es sind Wege aufzuzeigen, wie die Wünsche Norderstedter Eltern in bezug auf die beiden Modelle Gemeinschafts- und Regionalschule erfasst und bei der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt werden sollen.

IV) Über den Umsetzungsstand dieses Beschlusses erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung im Hauptausschuss, spätestens ein Mal im Monat.

Begründung: Das neue Schulgesetz ist im Frühjahr beschlossen worden. Die Verwaltungen der Kommunen sollen in Zusammenarbeit mit den Kreisen die daraus resultierende Schulentwicklungsplanung vornehmen. Eine wesentliche Entscheidung der Landesregierung ist, dass Haupt- Real- und Gesamtschulen, durch Gemeinschafts- bzw. Regionalschulen ersetzt werden sollen. Angesichts des relativ engen Terminplanes zum Auslaufen der jetzigen Schulformen und deren Umwandlung in Gemeinschafts- oder Regionalschulen bis zum Schuljahr 2010/2011 besteht dringender Handlungsbedarf. An einigen Schulen gibt es schon konkrete Vorstellungen über ihre zukünftige Entwicklung, sh. z. B. das Schreiben des Schulleiters der Realschule Friedrichsgabe, der im Namen der Lehrerkonferenz eine Umwandlung seiner Schule in eine Regionalschule fordert. Auch an anderen Schulen gibt es schon konkrete Überlegungen. Gleichzeitig ist der Informationsstand der Eltern, insbesondere der eigentlich betroffenen Grundschulleitern unzureichend. Dies hat zu einer hochgradigen Verunsicherung der Eltern geführt, u. a. mit der Folge, dass die Anmeldungen der Kinder an den Gymnasien weiter zunehmen bzw. auf hohem Niveau stagnieren. Das ist eine sowohl aus pädagogischer als auch schulentwicklungsplanerischer Sicht ungünstige Entwicklung. Eine umfassende Information und Einbeziehung der Elternwünsche in die Schulentwicklungsplanung ist daher dringend notwendig. Sh. dazu: Briefe der Elternbeiratsvorsitzenden der Realschule Friedrichsgabe, Frau Reinhardt-Treptow an den Oberbürgermeister (nachrichtlich an alle Fraktionen) und des Schulleiters der Realschule Friedrichsgabe an die SPD- Fraktion.


Johannes Paustenbach
Fraktionsvorsitzender